

**Christian Kremer:  
„Die Europäische Volkspartei: Geschichte, Struktur und Herausforderungen“**

**Rede an der Universität Ceske Budejovice**

**25. Februar 2005**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich sowohl bei der Universität als auch bei der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Einladung zu dieser Diskussion bedanken. In letzter Zeit befassen sich immer mehr Universitäten und Wissenschaftler mit den europäischen Parteistrukturen – ich muß allerdings zugeben, dass dies mein erster Besuch an einer Universität in einem der neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist. Und weil ich der Auffassung bin, dass die neuen Mitgliedsstaaten sich aktiv an der Gestaltung dieses Europas und seiner politischen Entscheidungsprozesse beteiligen sollten bin ich besonders gern der Einladung hierher gefolgt.

Meine Damen und Herren,

für eine europäische Partei zu arbeiten, bedeutet auch heute noch viel Pionierarbeit. Durch die Weiterentwicklung der Europäischen Union in den letzten Jahrzehnten – vor allem durch die gewachsene Rolle des Europäischen Parlaments als gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat – kann die Rolle der Europäischen Parteien heute nicht mehr dieselbe sein wie bei der Gründung der EVP im Jahre 1976.

Den europäischen Parteien kommt eine wachsende Bedeutung zu. Es ist nicht akzeptabel, dass die politischen Willensbildungsprozesse auf europäischer Ebene sich in gravierender Weise von denen auf nationaler Ebene unterscheiden. Statt Transparenz wird hier Verschleierung betrieben. Die Ineffizienz der intergouvernementalen Entscheidungen macht deutlich, dass dieser Weg der falsche ist. Die Skepsis gegenüber der Europäischen Union ist in erster Linie deshalb hoch weil die Entscheidungsprozesse nicht transparent sind und weil die meisten Bürger nicht nachvollziehen können wer für welche Entscheidungen verantwortlich ist.

In der Vergangenheit hatten die europäischen Parteien in erster Linie die Funktion, eine Wahlplattform gleichgesinnter Parteien zu schaffen, die sich auf der Basis eines gemeinsamen Programms und gemeinsamer Werte unter einem Dach zusammengefunden haben. Die eigentliche Funktion politischer Parteien, am politischen Willensbildungsprozess teilzunehmen, haben Sie bisher eher am Rande bzw. in einzelnen politischen Fragen punktuell wahrgenommen.

Wenn wir die Europäische Union demokratischer gestalten wollen, können wir aber langfristig nicht mehr vermitteln, warum zentrale politische Diskussionen außerhalb der Politik geführt werden. Eine Partei, die – wenn auch in erster Linie durch ihre nationalen Mitgliedsparteien – Entscheidungen vor den Bürgern und Wählern vertreten muß wird im Zweifel anders entscheiden als Beamte, gleich ob sie in Brüssel oder Berlin sitzen. Die Bürger wollen keine Entscheidungen hinter verschlossenen Türen sondern eine lebendige öffentliche Debatte.

Leider muß man feststellen, dass der Bedeutungs- und Kompetenzzuwachs des Europäischen Parlaments seit 1979 die Rolle der Europäischen Parteien bisher kaum beeinflusst hat. Der Grund dafür ist vor allem auch in mangelnden Ressourcen zu suchen. Bis zum letzten Jahr gab es auf europäischer Ebene (trotz der Erwähnung der Parteien im Vertrag) keinerlei öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten. Die Regierungskonferenz in Nizza hat aber durch eine Ergänzung des Vertrags die rechtliche Möglichkeit für ein Statut für Europäische Parteien geschaffen, die einen europäischen Rechtsstatus sowie eine gemeinschaftliche Finanzierung ermöglichen wird. Diese rechtliche Grundlage für die Anerkennung und Finanzierung der europäischen politischen Parteien ist im Jahre 2004 in Kraft getreten. Diese Finanzierung macht die Parteien nicht reich – aber sie gibt ihnen doch etwas mehr Gestaltungsspielraum. Und wenn Sie Politik in Europa mit einer Parteizentrale von 15 Mitarbeitern gestalten wollen, dann lernen Sie, wie nötig dieser Gestaltungsspielraum ist.

Der Europäischen Volkspartei wurden bereits bei ihrer Gründung Strukturen mit auf den Weg gegeben, die den Unterschied zu einem bloßen Parteienverbund deutlich machen. Ein Vorstand, der nach Stärke der nationalen Mitgliedsparteien besetzt ist und in dem mit Mehrheit abgestimmt wird. Ein Kongress als Event der mindestens alle zwei Jahre stattfindet und der seit einigen Jahren auch das Präsidium wählt. Außerdem verfügt die EVP über eine Vielzahl von Vereinigungen, die die Vielfältigkeit der Gesellschaft in den Parteistrukturen widerspiegeln sollen (Junge EVP, EVP Frauen, Seniorenunion, Europäische Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung, EUCDA etc.). Im Übrigen hat die EVP sehr früh die Parteien aus den Beitrittsländern vollwertig in ihre Arbeit einbezogen. Die assoziierte Mitgliedschaft gibt ihnen ein aktives und passives Wahlrecht in den Gremien; eine Vizepräsidentin kommt seit 1999 aus einem Beitrittsland.

Nachdem ich Ihnen bereits einige Schlagworte aus der Struktur der EVP genannt habe, Lassen Sie mich kurz die aktuelle Struktur der EVP erklären:

#### Kongress

- Tagt mindestens alle zwei Jahre (in der Praxis etwa alle 1 ½ Jahr)
- Wählt das Präsidium (Amtszeit drei Jahre)
- Trifft Grundsatzentscheidungen, verabschiedet politische Programme
- Ändert die Satzung
- Dient als „Public Event“ durch Auftritte der Regierungschefs und Parteiführer

- Setzt sich u. A. zusammen aus Delegierten der Mitgliedsparteien und Mitgliedern des EP, die einer EVP-Mitgliedspartei angehören

#### Vorstand

- Der Vorstand soll die Aktionseinheit der EVP sicherstellen und die Europapolitik im Sinne unseres Programms verwirklichen
- Entscheidet über neue Mitglieder, Beobachter bzw. die Anerkennung von Vereinigungen
- Beschließt den Haushalt
- Schlägt dem Kongress Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungen vor
- Vorstand besteht aus Delegierten der Mitgliedspartei (analog zu deren Stärke im EP)
- Abstimmungen werden mit absoluter Mehrheit der anwesenden Mitglieder durchgeführt
- Trifft sich mindestens 4 mal pro Jahr

#### Gipfel

- Soll die Regierungschefs und Oppositionsführer der EVP vor den Tagungen des Europäischen Rates versammeln um ein gemeinsames Vorgehen dort abzustimmen
- Soll auch Impulse in die Partei geben
- Trifft sich 4 mal pro Jahr

#### Präsidium

- Soll die politische Präsenz der EVP sicherstellen und trifft sich mindestens 8 mal pro Jahr
- Überwacht die Durchführung der Beschlüsse des Vorstands
- Kann Erklärungen im Namen der EVP auf der Basis des Programms und Entscheidungen des Vorstands abgeben

Meine Damen und Herren, Sie sehen also dass die EVP in den wesentlichen Bereichen über ähnliche Entscheidungsstrukturen verfügt wie nationale Parteien auch. Wir verfügen über einen Vorstand und ein vom Kongress gewähltes Präsidium; die Entscheidungen werden mit Mehrheit getroffen.

Natürlich besteht kein Zweifel daran, dass europäische Parteien nicht die gleiche Funktion haben können wie nationale Parteien, weil sie sich in erster Linie aus Mitgliedsparteien und nicht aus individuellen Mitgliedern zusammensetzen. Genauso wie die Europäische Union kein Staat ist werden auch die europäischen Parteien eine Sonderrolle einnehmen. Aber sie sind in Zukunft auch mehr als nur ein

Koordinierungsgremium von nationalen Mitgliedsparteien und Regierungschefs bei der Vorbereitung von Sitzungen des Europäischen Rates.

Die Stärkung der europäischen Parteien kann langfristig eine stärkere Politisierung europäischer Themen sowie – über die nationalen Mitgliedsparteien – eine stärkere Einbindung der Bürger zur Folge haben. Auch mit Hilfe teilweiser europaweiter Listen bei den Europawahlen kann so ein gemeinsames Bewusstsein geschaffen werden.

#### Erweiterung der Europäischen Volkspartei

Die geografische Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft bzw. Europäischen Union hat auch eine Verbreiterung der ideologischen Grundlage der EVP zur Folge gehabt. Die Europäische Union ist heute nicht mehr die Gemeinschaft, die sie bei der Gründung der EVP im Jahre 1976 war. Ende der 80er Jahre standen wir im Zuge der Süderweiterung und dann der Norderweiterung vor der Entscheidung, entweder keine oder nur relativ unbedeutende christdemokratische Parteien aus diesen Ländern einzubinden, oder unsere Auffassung von der ideologischen Ausrichtung der EVP zu erweitern. Wir haben uns für den zweiten Weg entschieden. Mit der Aufnahme von Partido Popular aus Spanien, Nea Demokratia (Griechenland), Moderaterna (Schweden), Kokoomus (Finnland) haben wir uns für die großen Volksparteien im Mitte\_Rechts\_Spektrum dieser Länder entschieden. Heute hat die EVP 65 Mitgliedsparteien aus allen Ländern der Europäischen Union (bis auf VK) und fast allen Beitrittsländern.

Aber letztendlich ging es bei dieser Erweiterung der EVP nicht nur um die geografische Dimension. Die Frage die sich uns heute stellt ist die nach den großen Herausforderungen am Anfang des 21. Jahrhunderts.

Eine der wesentlichen Veränderung in der politischen Landschaft Europas ist das Wegfallen der kommunistischen Bedrohung gewesen. Wir müssen sehen, dass das die strategische Lage für uns wesentlich verändert. Es erleichtert beispielsweise in erheblichem Ausmaß Bündnisse zwischen sozialistischen und kommunistischen Parteien. Die Grenzlinie, die dort früher scharf gezogen war, gilt heute nur noch in eingeschränkter Weise.

Das schafft für uns eine völlig neue Ausgangssituation und nicht nur auf Frankreich beschränkt. In Deutschland sehen wir eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und PDS. Auch Italien ist ein Beispiel dafür, dass die Abgrenzung der Sozialdemokratie nach links erheblich abgenommen hat.

Außerdem haben wir zu kämpfen - allerdings auch die Sozialdemokraten - mit der Auflösung traditioneller Milieus, d. h., weder die Gewerkschaften noch die Kirchen sind noch so stark wie sie es in der Vergangenheit waren. Sehr viel mehr Wähler entscheiden sich kurzfristig bei Wahlen nach Gesichtspunkten von Nützlichkeit und Personen, was für uns die Ausgangssituation sehr viel schwieriger macht. Dieses Phänomen ist in den neuen Mitgliedsländern aufgrund der fehlenden langen Tradition in Ihrem Land sicherlich noch deutlich stärker ausgeprägt.

Darüber hinaus stößt Europa wirtschaftlich und sozial an seine Grenzen, weil der Wohlfahrtsstaat - so, wie er aufgebaut worden ist in den Ländern der Europäischen Union in den letzten 50 Jahren - in vielen Fällen kaum noch finanzierbar ist. Aber auch die demographische Entwicklung und die Überalterung der Bevölkerung machen eine Fortsetzung der Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates. Die Notwendigkeiten der Reformen stellen aber große Volksparteien, wie unsere Mitgliedsparteien, die sich nicht nur auf eine Interessengruppe konzentrieren wollen oder können, vor erhebliche Herausforderungen, um diese Reformen gerecht und ausbalanciert durchführen zu können.

Unsere Mitgliedsparteien und Partner in Mittel- und Osteuropa haben ganz andere Probleme: Sie müssen schmerzhaft Reformen durchführen um ihr Land in die Zukunft zu führen. Leider hat das in fast allen Staaten diese Regierungen früher oder später wieder aus dem Amt getrieben.

In Europa stehen wir vor einer Herausforderung, die man vielleicht folgendermaßen beschreiben könnte: Der Europabegriff lässt sich unterschiedlich fassen. Es gibt das geographische Europa, das sehr groß ist und bis nach Russland reicht, es gibt das ideelle Europa, d. h., die Staaten, die sich zu bestimmten Grundwerten, zu einer bestimmten Regierungspraxis, zu Menschenrechten, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis bekennen, das ist kleiner als das geographische Europa, und es gibt drittens das politisch-administrative Europa in der Europäischen Union. Wir alle müssen dauerhaft nach einem Modus suchen, in dem wir diese Frage behandeln.

Die Herausforderung in den nächsten Jahrzehnten ist, zu versuchen, soweit wie möglich das geographische, das ideelle und politisch-administrative Europa in Deckungsgleichheit zu bringen. D.h. die Europäische Union wächst nach Osten, die Staaten, die heute schon unsere Werte anerkennen, werden in den nächsten zehn, zwanzig Jahren Mitglieder werden, und die große strategische langfristige Perspektive ist, dass das geographische, das ideelle und das politisch-administrative Europa zusammenfallen.

Alle diese Fakten können nur zu einem logischen Schluss führen: Für die EVP und ihre Mitgliedsparteien hat es keine vernünftige Alternative zu einer Öffnung

gegenüber anderen Traditionen gegeben. Die Alternative wäre das Absinken in die Bedeutungslosigkeit gewesen. Man wäre zwar vermeintlich "unter sich" geblieben, hätte aber auch nichts mehr in der Europäischen Politik mitbestimmen können. Die Tatsache, dass wir heute mit 268 Abgeordneten die weitaus größte Fraktion im Europäischen Parlament stellen, zeigt dass unser Weg richtig war.

Entscheidend ist darüber hinaus, dass diese Erweiterung die EVP nicht daran gehindert hat, ihren Wurzeln treu zu bleiben, sich inhaltlich weiter zu festigen und ihren Anspruch als „Partei“ auszubauen. Gerade in den letzten Jahren hat die EVP intensiv inhaltlich gearbeitet – weit mehr als alle anderen Parteiformationen auf europäischer Ebene. Insbesondere in der Europapolitik und unseren Vorstellungen über die Zukunft der Europäischen Union wollen wir unserer Verpflichtung als Erben der Gründungsväter der Europäischen Integration gerecht werden. Die EVP ist stolz darauf, die treibende politische Kraft im Europäischen Konvent gewesen zu sein. Auch heute wollen wir Vorreiter sein, wenn es damit geht, Europa demokratischer, transparenter und handlungsfähiger zu gestalten. Wir wollen kein Europa das nur eine Freihandelszone ist.

Situation für die EVP heute:

- Situation nach den Europawahlen (268 vs. 200, klarer Vorsprung vor der SPE-Fraktion (37%) sowohl in der EU-15 als auch in den neuen Mitgliedsländern, außerdem stellt die EVP die meisten Regierungschefs in der EU sowie die größte Gruppe unter den Mitgliedern der Kommission
- EVP hat die entscheidende Rolle bei der Bestimmung des Kommissionspräsidenten gespielt (EVP Gipfel 17.06.) – erstes Mal, dass eine europäische Partei eine solch dominante Rolle bei einer solchen Personalfrage spielt
- Statut für europäische politische Parteien ist vollständig in Kraft, seit 20. Juli auch finanziell (mehr finanzielle Mittel für die EVP, aber auch größere organisatorische und personelle Unabhängigkeit von der EVP/ED Fraktion im EP

Entscheidende Herausforderungen für die kommenden Jahre:

1. Stärkung des politischen Gewichts der EVP und seiner Rolle als „player“ in Europa bzw. den Organen der EU bzw. in der Öffentlichkeit / Medien (erstes Projekt: Lissabon-Prozess)
2. Konsolidierung der Parteiensituation vor allem in den neuen Mitgliedsländern sowie bei den Beitrittskandidaten (langfristig die Rolle der EVP als größte politische Kraft in Europa sichern!). Aber auch die neuen Nachbarn der EU dürfen wir nicht vergessen! (Ukraine, Südosteuropa)